

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
25. August 2007
RuhrCongress, Bochum

1 **Antrag-Nummer: B 1 – Fassung Antragskommission**

2
3 **Antragsteller: Landesvorstand**

4
5 **Betreff: Leitantrag der NRWSPD zum neuen Grundsatzprogramm**

6
7
8 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

9
10 **I.**

11
12 Unsere Programmdebatte belegt: Die SPD ist eine aktive Mitglieder-

13 partei, eine linke Volkspartei und eine lebendige Programmpartei.

14
15 In Nordrhein-Westfalen haben sich seit der Vorlage des Bremer Pro-

16 grammentwurfs zahllose Mitglieder in Hunderten von Veranstaltungen

17 an der Debatte über ein neues Grundsatzprogramm aktiv beteiligt.

18
19 Darüber hinaus hat die SPD in Nordrhein-Westfalen Interessierte von

20 außerhalb um ihre Meinung zum Programmentwurf gebeten. Im Zuge

21 der Aktion „Kluge Köpfe“ haben uns viele Persönlichkeiten aus dem

22 gesellschaftlichen Leben kritische Hinweise für ein Neues Programm

23 gegeben.

24
25 Die NRWSPD hat auf ihren Zukunftsforen und in anderen Veran-

26 staltungen zur Mitarbeit am neuen Programm eingeladen.

27
28 Eine Vielzahl von Anträgen und Zuschriften belegen das große und

29 anhaltende Interesse an einem gelungenen neuen Grundsatzpro-

30 gramm. Sie unterstreichen aber auch noch manchen Änderungsbe-

31 darf. Wir wünschen uns ein knappes und präzises Programm mit zu-

32 gespitzten Botschaften. Es soll uns helfen, gesellschaftliche und poli-

33 tische Mehrheiten für eine zukunftsgerichtete sozialdemokratische

34 Politik zu gewinnen und der SPD als sozialer Reformpartei ein un-

35 verwechselbares Profil verleihen.

36
37
38
39 **II.**

40
41 Wir haben uns in unserer Programmarbeit auf Anliegen konzentriert,

42 die uns in Nordrhein-Westfalen besonders wichtig erscheinen und in

43 denen wir besondere Erfahrungen haben. Sie sollen an markanter

44 Stelle im neuen Grundsatzprogramm erscheinen und wichtige

45 Akzentuierungen vornehmen. Davon unberührt werden wir uns nach

46 der Vorlage des endgültigen Antragsentwurfs für den Hamburger

47 Parteitag mit dem Grundsatzprogramm in seiner vollen Breite ausein-

48 ander setzen.

49
50 **1. Unser Bild vom Menschen**

51
52 „Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unse-

53 rer Politik.“ (Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der

1 SPD). Dabei verbinden wir humanistische und jüdische sowie christliche
2 Vorstellungen mit Ideen der Aufklärung.

3
4 Für uns ist jeder Mensch eine unverwechselbare Person, die Verantwortung
5 für sich selbst und zugleich für seine Mitmenschen trägt. Der Einzelne
6 kann sich nur in und mit der Gemeinschaft und der Gesellschaft, in der er
7 lebt, verwirklichen. Denn als Person und Persönlichkeit entfaltet sich
8 jeder Mensch in einem Geflecht sozialer Beziehungen und unter Bedingungen
9 gesellschaftlicher Strukturen. Engagement für die Mitmenschen und für den
10 Frieden der Menschen untereinander, für die Demokratie und für eine
11 möglichst solidarische Gesellschaft trägt zur Sinnggebung menschlichen
12 Lebens bei. Eine einseitige Reduktion des Menschen auf die Befriedigung
13 ökonomischer Interessen (homo oeconomicus) lehnen wir ab.

14
15
16 Jeder Mensch muss an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens
17 teilhaben können und Ausgrenzungen sind nicht hinzunehmen. Sozialdemokraten
18 haben Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten im Blick und
19 arbeiten daran, Unzumutbares, Menschenunwürdiges und strukturelle
20 Ungerechtigkeiten zu überwinden. Für uns haben eindeutig der Mensch und
21 die menschliche Arbeit den Vorrang vor dem Kapital. Wohlhabende sind
22 zum Teilen verpflichtet und es sind wirkungsvolle Allianzen der
23 Solidarität zu schaffen.

24
25 Unser Ziel bleibt es somit, personale Freiheit und notwendige Eigenverantwortung
26 mit tätiger Mitwirkung für die Demokratie und für soziale Gerechtigkeit
27 zu verschränken. Entsprechend ist rechtsstaatliche Freiheit durch sozialstaatliche
28 Verpflichtung und Vorsorge abzusichern.

31 32 **2. Unsere Grundwerte und woher wir kommen**

33
34 Die deutsche Sozialdemokratie hat sich als Teil der neuzeitlichen
35 Freiheitsbewegungen in Europa entwickelt: ihr Ziel war und ist die
36 Durchsetzung von Freiheit (im umfassenden Sinne) nicht für wenige,
37 sondern für die große Mehrheit der Menschen. Nach ihrer Gründung
38 war sie beides: Emanzipationsbewegung der Arbeiter und Demokratiebewegung,
39 die den Obrigkeitsstaat überwinden wollte. Sie war es, die in Deutschland
40 die Ideen der Französischen Revolution und der Revolution von 1848
41 weiterführte. Demokratiegeschichte ist in Deutschland von der Geschichte
42 der Sozialdemokratie nicht zu trennen.

43
44
45 Die Sozialdemokratie hat zusammen mit den ihr verbundenen Gewerkschaften
46 den Arbeitern Schutz- und Mitbestimmungsrechte erstritten, den Sozialstaat
47 schrittweise ausgebaut und aus verachteten Proletarierinnen und Proletariern
48 gleichberechtigte und selbstbewusste Staatsbürgerinnen und Staatsbürger
49 gemacht. Die Sozialdemokratie war die entscheidende Kraft bei der
50 Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates,
51 wobei auch bürgerliche Gruppen und Persönlichkeiten zur SPD stießen
52 und in ihr aufgingen. Sie setzte das Frauenwahlrecht in Deutschland
53 durch. Sie verteidigte am Ende fast allein die Weimarer Republik gegen
54 die Nazis und andere antidemokratische Kräfte, auch gegen die Kommunisten.

55
56

1 „Der Freiheit verpflichtet“ haben Sozialdemokraten allen Diktaturen
2 des 20. Jahrhunderts widerstanden. Nach 1933 wurden deshalb Tau-
3 sende von Sozialdemokraten verfolgt, in Konzentrationslager ver-
4 schleppt oder ins Exil getrieben. Auch in der SBZ und der DDR waren
5 Sozialdemokraten Verfolgungen ausgesetzt. Sie haben eingestanden
6 für Freiheit und Demokratie. Es war gewiss kein Zufall, dass im
7 Herbst 1989 Sozialdemokraten die ersten waren, die in der DDR ihre
8 Partei wieder gründeten.

9
10 Sozialdemokraten haben sich immer für Völkerverständigung und
11 Frieden eingesetzt und waren deshalb Gegner von Militarismus und
12 hemmungsloser Machtpolitik. Bereits 1925, in einer Zeit des Nationa-
13 lismus, bekannte sich die Sozialdemokratie in ihrem Heidelberger
14 Programm zum Ziel eines vereinigten Europa.

15
16 Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war – ungeachtet der besonderen
17 Konsequenz, mit der die Sozialdemokratie für die Wiedervereinigung
18 eintrat - , die prinzipiell europäische Orientierung der Sozialdemokra-
19 tie selbstverständlich; deshalb hat sie die europäische Gemeinschaft
20 mit aufgebaut. Die Ostpolitik Willy Brandts hat das Leben der Men-
21 schen im geteilten Deutschland leichter gemacht und die Spannun-
22 gen zwischen Ost und West gemindert. Sie trug auch zur Überwin-
23 dung der Spaltung Europas und der kommunistischen Diktaturen
24 1989 bei. Sozialdemokraten arbeiten heute engagiert für ein hand-
25 lungsfähiges Europa mit einem eigenständigen Gesellschaftsmodell
26 in einer friedlichen Welt.

27
28 Die Sozialdemokratie versteht sich als eine mit der demokratischen
29 Zivilgesellschaft verwobene linke Volkspartei, in der Frauen und Män-
30 ner unterschiedlicher Herkunft, Weltanschauungen und Bekenntnisse
31 zusammenarbeiten. Ihre Basis sind gemeinsame Wertorientierungen,
32 die ihre Wurzeln in Judentum, Christentum und Humanismus, in Auf-
33 klärung und marxistischer Gesellschaftsanalyse, nicht zuletzt aber
34 auch in den Erfahrungen einer fast 150-jährigen Geschichte haben.

35
36 Zu den Erfahrungen und Einsichten, die sich in das sozialdemokrati-
37 sche Gedächtnis eingeprägt haben, gehören:

- 38
- 39 • Soziale Gerechtigkeit ist das Ergebnis solidarischen, manchmal
40 Opfer erfordernden politischen Handelns, nicht Resultat des
41 Marktgeschehens.
 - 42
 - 43 • Freiheit und Gerechtigkeit setzen sich nicht „mit Naturnotwendig-
44 keit“ (Erfurter Programm) durch, sondern müssen immer wieder
45 neu realisiert werden. Soziale Demokratie ist die „dauernde Auf-
46 gabe, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren,
47 sich in ihr zu bewähren“ (Godesberger Programm).
 - 48
 - 49 • Jede Zeit enthält – wie Willy Brandt formuliert hat – ihre eigenen
50 Herausforderungen. Die Sozialdemokratie hat auf der Basis ihrer
51 Werte, Prinzipien und Erfahrungen zeitgemäße Antworten zu fin-
52 den, was immer wieder eine Neubestimmung von Strategien und
53 Formen der Politik nötig macht.
 - 54
 - 55 • Sozialdemokratisches Handeln vollzieht sich im Spannungsver-
56 hältnis von Wertorientierung und praktischem Handeln, von histo-
57 rischen Erfahrungen, gegenwärtigen Ortsbestimmungen und

1 langfristigen Perspektiven. Sozialdemokratie ist ein sich immer
2 wieder erneuerndes intergenerationelles Projekt, das um die
3 Verantwortung für die folgenden Generationen weiß.

4
5 Demokratischen Sozialismus verstehen wir seit Godesberg als Auf-
6 gabe, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch Demokratisierung
7 der Gesellschaft, durch soziale und wirtschaftliche Reform zu verwirk-
8 lichen.

9
10 Das Ziel einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaftsord-
11 nung ist für alle Zukunft nicht von der Garantie der Menschenrechte
12 als Voraussetzung politischer und sozialer Gleichheit zu trennen. Die
13 Entscheidung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, auf
14 der Grundlage von Demokratie und Menschenrechten eine bessere
15 Ordnung der Gesellschaft zu verwirklichen, hat sich als der richtige
16 Weg auch für die Zukunft erwiesen.

17 18 19 **3. Die SPD als soziale Reformpartei**

20
21 Der Dreiklang von Freiheit, Gleichheit und Solidarität ist es, der unser
22 Verständnis von sozialer Gerechtigkeit prägt. Nur in diesem Dreiklang
23 kann soziale Gerechtigkeit sich entfalten. Dabei steht nicht nur die
24 gerechte Verteilung von Eigentum und Reichtum im Mittelpunkt unse-
25 res Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit, sondern auch die Ver-
26 teilung von Macht und der Zugang zu Kultur, Bildung und Ausbildung.
27 Soziale Gerechtigkeit sorgt in diesem umfassenden Sinne für gleiche
28 Zukunftschancen und ist nicht eine einmalige Chancenvergabe, son-
29 dern ein fortwährender Prozess.

30
31 Der Ausgangspunkt allen Handelns im Sinne von sozialer Gerechtig-
32 keit, Solidarität und Freiheit ist der Respekt vor der Würde eines
33 jeden Menschen. Der Wert eines Menschen bemisst sich nicht nach
34 seiner Leistungsfähigkeit und Nützlichkeit.

35
36 Für uns Sozialdemokraten kann soziale Gerechtigkeit daher nicht
37 bedeuten, dass Einkommens- und Vermögensgleichheit per se schon
38 sozial gerecht ist, aber genauso wenig ist die Herstellung von Chan-
39 cengleichheit schon hinreichend für die Schaffung von sozialer
40 Gerechtigkeit. Erst die Kombination aus Chancengleichheit und einer
41 gerechten Verteilung von Gütern und Einflussnahme kann soziale
42 Gerechtigkeit in der demokratischen Gesellschaft dauerhaft sichern.

43
44 Die SPD ist und bleibt die Partei der Freiheit in Solidarität. Daher
45 schreiben wir den Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben, son-
46 dern unser Ziel ist es, ihnen Möglichkeiten zu eröffnen und ihnen Halt
47 zu geben, damit sie ihre Lebensvorstellungen selbst bestimmt und
48 solidarisch umsetzen können. In diesem Sinne muss jeder Mensch
49 frei sein, sein Leben eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen.
50 Diese Freiheit bedeutet für uns aus unserem historischen Verständnis
51 heraus auch Freiheit von Armut, Willkür und Gewalt. Für diese Frei-
52 heit ist die soziale Gerechtigkeit der Schlüssel, denn ohne Zusam-
53 menhalt und Ausgleich in unserer Gesellschaft, wäre vielen ein selbst
54 bestimmtes Leben nicht möglich. Damit kann eine soziale Demokratie
55 ohne soziale Gerechtigkeit nicht funktionieren und sie im Auge zu
56 haben heißt, die Würde auch der Schwächeren zu achten.

57

1 Für den Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Freiheit ist
2 entscheidend, dass über die Verteilung der Lebenschancen nicht in
3 erster Linie Märkte mit all ihren Tendenzen zur Vermachtung, zur
4 Gegenwartsfixierung, zur Blindheit gegenüber Voraussetzungen und
5 Besonderheiten entscheiden, auch wenn sie für die Beurteilung der
6 Leistungen des Einzelnen einen wichtigen Beitrag leisten, sondern
7 die Gesellschaft nach einem jeweils zeitgemäßen Maßstab sozialer
8 Gerechtigkeit.

9
10 Wir setzen uns dafür ein, dass soziale Gerechtigkeit in diesem Sinne
11 der Hauptpfeiler für eine moderne Reformpolitik bleibt, sowohl bei der
12 Verteilung der Lasten wie auch des gesellschaftlichen Reichtums. Da
13 Verteilung in jeder Wirtschafts- und Gesellschaftsform stattfindet,
14 werden wir das Thema der gerechten Verteilung auch im Bewusst-
15 sein, dass Verteilungsungerechtigkeit und wachsende Ungleichheit
16 wirtschaftliches Wachstum behindern und Arbeitslosigkeit erhöhen,
17 mit besonderem Einsatz voran treiben.

18
19 Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind nur dann zu tolerie-
20 ren, wenn sie jedem nutzen, indem sie sozial und wirtschaftlich nütz-
21 liche Energien mobilisieren. Sie können dann als sozial gerechtfertigt
22 angesehen werden, wenn die unteren sozialen Schichten aus dieser
23 wirtschaftlichen Dynamik eindeutigen Nutzen ziehen.

24
25 Die SPD wird sich auch in Zukunft von anderen Parteien dadurch un-
26 terscheiden, dass sie einer Politik der Gleichheit im Zweifelsfall Vor-
27 rang gibt. Dies schließt Mechanismen materieller Umverteilung nach
28 wie vor ein, auch wenn sich die Kriterien dafür teilweise verändern
29 werden. Dabei wissen wir, dass die Funktionen des Staates auch jen-
30 seits der inneren und äußeren Sicherheit verteidigt werden müssen
31 und einem Primat der Deregulierung eine Politik der regulierten Staat-
32 lichkeit entgegensetzen ist.

33
34 Soziale Gerechtigkeit schließt Leistungsbereitschaft nicht aus, son-
35 dern schafft die Grundlage dafür, dass verschiedene Begabungen
36 und Leistungsniveaus unabhängig von sozialer Herkunft gefördert
37 werden können und der gesellschaftlichen Entwicklung zugute kom-
38 men. Soziale Gerechtigkeit ist somit ein tragender Pfeiler einer mo-
39 dernen und solidarischen Leistungsgesellschaft.

40
41 Soziale Gerechtigkeit hat viele Facetten, die nur zusammen ein kohä-
42 rentes Bild ergeben. Sie gegeneinander Auszuspielen kann daher
43 nicht zu einer gerechten Gesellschaft führen. Chancengleichheit, Ver-
44 teilungsgerechtigkeit, Beschäftigungs- und Generationengerechtigkeit
45 sind Teile des Gesamtbildes, die nur zusammen Wirkung entfalten
46 können.

47
48 Mit den Umbrüchen am Arbeitsmarkt und den sich verändernden Be-
49 dürfnissen der Bürger verändern sich auch die Ansprüche an soziale
50 Gerechtigkeit. Was jedoch weiterhin Bestand hat ist, dass Arbeit be-
51 bestimmender Faktor unseres Lebens ist. Für uns ist es daher zentrales
52 Ziel gerechtigkeitsorientierter Politik, Arbeitslosigkeit zu verhindern.
53 Denn Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein ökonomisches Problem, das al-
54 lein durch größere Transferzahlungen zu lösen ist. Es stellt vor allem
55 eine ethische Herausforderung dar. Arbeitslosigkeit, und noch stärker
56 Langzeitarbeitslosigkeit, beschädigt die individuelle Selbstbestim-
57 mung, führt zu einer Verletzung des Selbstwertgefühls und in der

1 Regel auch zu nicht mehr auszugleichenden Nachteilen bei der
2 Wahrnehmung zukünftiger Lebenschancen. Solange in den entwi-
3 ckelten Gesellschaften nicht nur Einkommen, sondern auch Status,
4 Selbstwertgefühl und soziale Zugehörigkeit primär über die Erwerbs-
5 arbeit verteilt werden, muss der gerechten Teilhabe am Arbeitsmarkt
6 unsere besondere politische Aufmerksamkeit gelten.
7

8 Wir streiten für eine Gesellschaft, die Erwerbsarbeit für alle ermög-
9 licht und mit Familienarbeit und Freizeit vereinbaren kann. Wir strei-
10 ten für eine Gesellschaft, die allen jungen Menschen eine berufliche
11 Ausbildung ermöglicht und für ein Bildungssystem, das die Zukunfts-
12 chancen nachhaltig fördert und absichert – auch nach dem Einstieg in
13 das Berufsleben.
14
15

16 **4. Arbeit und Wirtschaft menschlich gestalten**

17

18 Die SPD ist die Partei der Arbeit. Deswegen wollen wir im Interesse
19 der sozialen Gerechtigkeit wirtschaftliche Macht durch demokratische
20 Kontrolle begrenzen. Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest
21 und wollen die Menschen, die zeitweise erwerbslos sind, nachhaltig
22 unterstützen. Nach dem Konzept der Flexicurity (nachhaltige Lösun-
23 gen für die Verbindung von Flexibilität und Sicherheit) können wir
24 Frauen und Männern zwar nicht denselben Arbeitsplatz für die
25 gesamte Dauer ihres Erwerbslebens gewährleisten. Wir wollen aber,
26 dass alle Menschen die Gewissheit haben, dass ihnen nach Kräften
27 geholfen wird. Alle Instrumente sind einzusetzen, damit sie wieder
28 einen Arbeitsplatz finden von dem sie leben können (Mindestlohn),
29 der ihre Qualifikationen berücksichtigt und sie nicht in prekäre Ar-
30beitsverhältnisse abgleiten lässt. Im Sinne der modernen Auslegung
31 des Rechtes auf Arbeit, muss unsere Gesellschaft dafür eine Garan-
32 tie aussprechen.
33

34 Eine Politik für Vollbeschäftigung basiert auf einem hohen qualitativen
35 Wachstum, einen Vorsprung in marktfähigen, innovativen Produkten
36 und besondere Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungsbereich,
37 einer nachhaltigen Industriepolitik, die zu einem deutlich höheren
38 Angebot an Arbeitsplätzen führen.
39

40 Wir treten für eine Arbeitszeitpolitik und Arbeitszeitgestaltung ein, die
41 nicht dem Diktat betriebswirtschaftlichen Interessen unterliegt, son-
42 dern die berechtigten Interessen der Beschäftigten an Zeitsouveräni-
43 tät, Beschäftigungssicherung, planbarer und verlässlicher Zeiten für
44 gemeinsames Leben, sowie an einer Vereinbarkeit von Beruf und
45 Familie aufnimmt. Die Arbeitszeit soll mit Hilfe vor Insolvenz ge-
46 schützter Arbeitszeitkonten individuellen Lebensphasen besser ange-
47 passt werden können. Eine pauschale Verlängerung von Arbeitszei-
48 ten zu Lasten der Beschäftigten lehnen wir ab. Überstunden wollen
49 wir begrenzen. Wir treten für eine gerechte Teilhabe Aller an guter
50 Arbeit ein.
51

52 Die SPD setzt sich für die Humanisierung der Arbeitswelt, für Ge-
53 sundheitsschutz am Arbeitsplatz und zumutbare Leistungsanforde-
54 rungen ein.
55

56 Wir sind die Partei einer ökologisch und sozial erneuerten Marktwirt-
57 schaft, die Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander vereinbart

1 und die ökologischen Rahmenbedingungen für kommende Generatio-
2 nen sichert.

3
4 In der Finanzpolitik wollen wir, dass die großen Unternehmen im Rah-
5 men einer Steuerharmonisierung der EU und des IWF mindestens so
6 stark besteuert werden wie die kleinen und mittleren Unternehmen,
7 die nicht global tätig sind, denn diese schaffen die meisten Arbeits-
8 und Ausbildungsplätze. Reinvestierte Gewinne wollen wir fördern.

9
10 Wir halten am Prinzip des progressiven Steuersatzes für Einkommen
11 fest, wollen jedoch das die gestiegenen Spitzeneinkommen aus Ver-
12 mögen, Einkommen und Unternehmertätigkeit wieder stärker zur
13 Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden.

14
15 Die nationale und internationale Finanzmarktregulierung geht zum
16 Teil in die falsche Richtung. Wir wollen die kurzfristigen, meist speku-
17 lativen Finanztransaktionen, die oft mit der Gefährdung von Arbeits-
18 plätzen einhergehen, durch internationale Regeln - zum Beispiel
19 durch eine Börsenumsatzsteuer - einschränken. International streben
20 wir eine Besteuerung der Finanztransaktionen an. Für die Private
21 Equity- und Hedgefonds wollen wir Regeln, die eine ruinöse Schul-
22 denübertragung zur Kaufpreisfinanzierung auf das übernommene
23 Unternehmen, im Interesse der dort arbeitenden Beschäftigten,
24 ausschließt. Eine Mindesteigenkapitalfestlegung für übernommene
25 Unternehmen soll deren Überschuldung durch aggressive Fonds
26 verhindern. Wir wollen mehr Transparenz bei den Aktivitäten der
27 Private-Equity- und Hedgefonds herstellen.

28
29 Im Rahmen der Neuordnung der staatlichen Finanzbeziehungen
30 wollen wir durch eine umfassende kommunale Finanzreform die
31 Handlungsspielräume der Kommunen erweitern. Diese Reform muss
32 für eine ausreichende Finanzausstattung und deren gerechten Vertei-
33 lung zwischen den Kommunen sorgen. Für strukturell benachteiligte
34 Kommunen, unabhängig von ihrer geografischen Lage, soll es beson-
35 dere staatliche Unterstützungen geben. Neue Aufgaben werden wir
36 den Kommunen nur übertragen, wenn gleichzeitig die notwendigen
37 Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

38
39 Die Daseinsfür- und -vorsorge der Menschen wollen wir über die
40 Kommunen absichern. Zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge dürfen
41 nicht ausschließlich dem Markt überlassen werden, sondern bedürfen
42 der öffentlichen Verantwortung. Insbesondere in den Bereichen Ener-
43 gie, Nahverkehr, Müllentsorgung, Wasserversorgung und Abwasser-
44 entsorgung wollen wir die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen
45 absichern, damit sie diese öffentliche Verantwortung wahrnehmen
46 können

47
48 Zu guter Arbeit gehören Arbeitnehmerrechte. Die soziale Marktwirt-
49 schaft ist untrennbar mit der Teilhabe und Teilnahme von Arbeitneh-
50 merinnen und Arbeitnehmern verbunden. Die Mitbestimmung, die
51 Betriebsverfassung, die Tarifautonomie, auch als Flächentarif, der
52 Kündigungsschutz und moderner Arbeitsschutz gehören zu den
53 unverzichtbaren Arbeitnehmerrechten. Diese Rechte sind für die SPD
54 nicht verhandelbar. Insbesondere vor dem Hintergrund der zuneh-
55 menden Europäisierung und der Globalisierung von Wirtschafts-
56 prozessen müssen die Arbeitnehmerrechte nicht nur in Deutschland,
57 sondern EU- und weltweit geregelt und gesichert werden.

1 Wir setzen uns dafür ein, die deutsche Unternehmensmitbestimmung
2 in Europa auszuweiten. Auch kleinere Unternehmen müssen im Zu-
3 sammenhang mit Unternehmensbeteiligungen durch die Mitarbei-
4 ter/innen ihre Instrumente zum Beispiel in Form der Wirtschaftsaus-
5 schüsse der Betriebsräte ausbilden. Die Rechte und Pflichten der
6 Aufsichtsräte müssen gestärkt werden.

9 **5. Vorsorgender Sozialstaat**

11 Der moderne Sozialstaat garantiert soziale Rechte für jeden Bürger,
12 er sorgt für soziale Sicherungen und organisiert Solidarität.

14 Die NRWSPD unterstützt die Leitidee des vorsorgenden Sozialstaats.
15 Sie zielt darauf ab, mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen,
16 indem die Wirkung sozialstaatlicher Politik deutlich verbessert wird.

18 Der vorsorgende Sozialstaat stärkt Menschen und öffnet ihnen früh-
19 zeitig Lebenswege durch individuelle Förderung und mehr Chancen-
20 gleichheit. Er räumt öffentlichen Gütern einen höheren Stellenwert
21 ein. Er setzt auf gesellschaftliche Integration durch die gerechte Teil-
22 habe an Erwerbsarbeit durch eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik,
23 eine integrative Bildungspolitik, eine zeitgemäße Familienpolitik und
24 eine vorausschauende Gesundheitspolitik.

26 Eine moderne Sozialstaatskonzeption zeichnet sich durch eine starke
27 und verlässliche nachsorgende Funktion aus. Sie sichert die Bürger
28 vor den großen Lebensrisiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und
29 Pflegebedürftigkeit) ab. Wir wollen den Sozialstaat auch in seinen
30 herkömmlichen Elementen weiterentwickeln:

- 31 • Aus der Arbeitslosenversicherung soll eine Beschäftigungsver-
32 sicherung werden.
- 34 • Im Gesundheitswesen wollen wir die Bürgerversicherung
35 einführen.
- 37 • Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir zu einer Erwerbs-
38 tätigenversicherung umformen, in die auch Selbstständige und
39 Beamte einbezogen sind. Die soziale Grundsicherung vermeidet
40 Altersarmut.

42 Das beitragsfinanzierte System des Sozialstaats soll wegen seiner
43 stärkeren vorsorgenden Ausrichtung durch eine stärkere Steuerfinan-
44 zierung ergänzt werden.

47 **6. Bildung in der lernenden Gesellschaft**

49 Für die NRWSPD ist Bildung ein entscheidender Bestandteil unserer
50 Idee von einem vorsorgenden Sozialstaat. Wissen und Bildung sind
51 elementare Bausteine für ein selbst bestimmtes Leben und das Fun-
52 dament für den Zusammenhalt und die Leistungsfähigkeit unserer
53 Gesellschaft. Nur durch umfassende Bildung von Anfang an und
54 durch Leben begleitendes Lernen sind Chancengleichheit und poli-
55 tische wie wirtschaftliche Teilhabe für alle Menschen, unabhängig von
56 ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft, unabhängig von ihrem Ge-
57 schlecht oder von vorhandenen Behinderungen, erreichbar. Deshalb
58 muss in unserem Grundsatzprogramm deutlich werden, dass Bildung

1 für uns ein öffentliches Gut ist, das der Staat in hochwertiger Qualität
2 zu gewährleisten hat. Um den Anschluss an die führenden PISA-
3 Staaten zu erreichen, muss in Deutschland – gemessen am Bruttosozialprodukt – deutlich mehr für Bildung ausgegeben und die öffentlichen Ausgaben haushaltstechnisch wie Investitionen behandelt
4 werden.
5
6

7
8 Um Bildung unserem Menschen- und Gesellschaftsbild entsprechend
9 umzusetzen und mehr Jugendlichen den Hochschulzugang zu
10 ermöglichen, sind folgende Rahmenbedingungen erforderlich:

- 11
- 12 • Beitragsfreiheit von der frühkindlichen Bildung bis zum Erststudium
- 13
- 14
- 15 • Stärkung der frühkindlichen Bildung unter Einbeziehung der Eltern mit verbindlichem Besuch des letzten Kindergartenjahres
- 16
- 17
- 18 • Wir halten an der Lernmittelfreiheit fest
- 19
- 20 • Fortsetzung des gemeinsamen Lernens aller Kinder über die
21 Grundschule hinaus in einer ganztägigen Gemeinschaftsschule,
22 die zu den Abschlüssen der Sekundarstufe I führt
- 23
- 24 • Bildung von Oberstufenzentren unter Einbeziehung der
25 Gymnasien und Berufskollegs
- 26
- 27 • Qualitative Sicherung und Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung und Verankerung der Gleichwertigkeit von beruflicher
28 und allgemeiner Bildung
- 29
- 30
- 31 • Durchlässigkeit aller Ausbildungsgänge nach oben, Eröffnen von
32 Zweiten Chancen
- 33
- 34 • Selbständige Schulen und Hochschulen, die auf der Grundlage
35 von gesetzlichen Rahmenvorgaben ihren definierten
36 Bildungsauftrag zu erfüllen haben und dafür mit ausreichenden
37 Ressourcen ausgestattet werden
- 38
- 39 • Gut aus- und fortgebildetes sowie motiviertes Lehr- und
40 Erziehungspersonal
- 41
- 42 • Entwicklung von Rechtsansprüchen und Finanzierungssystemen
43 (Bildungskonten, Bildungsgutscheine) zum Leben begleitenden
44 Lernen für alle Berufsgruppen und zielgruppengenaue Gestaltung
45 und Evaluation der Weiterbildungsangebote
- 46
- 47 • Stärkung der politischen Bildung in allen Bildungsinstitutionen
- 48
- 49

50 **7. Solidarische Bürgergesellschaft, demokratischer Staat** 51 **und parlamentarische Demokratie**

52
53 Jede Demokratie lebt durch das Engagement ihrer Bürgerinnen und
54 Bürger. Darum wollen wir eine starke Bürgergesellschaft, die ihr Zusammenleben solidarisch organisiert und gestaltet. Sie ist Voraussetzung für die soziale Demokratie, in der öffentliche Aufgaben von einem handlungsfähigen Staat wahrgenommen werden. Wo Men-

1 schen sich für Menschen einsetzen, sind Verantwortungsbereitschaft,
2 Gerechtigkeitssinn, gegenseitige Anerkennung, Rücksichtnahme
3 beim Gebrauch individueller Freiheit und gesellschaftlicher Zusam-
4 menhalt erfahrbar. Wo wir soziale Probleme gemeinsam lösen, finden
5 wir Orientierung, Vertrauen und Zusammengehörigkeit.

6
7 In der Bürgergesellschaft übernehmen Menschen aus eigenem An-
8 trieb Verantwortung für andere. Oft bemerken sie früher als Behör-
9 den, wo Abhilfe nötig ist. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Ge-
10 sellschaft diese Kompetenzen und Erfahrungen stärker nutzen kann.
11 Dazu müssen günstigere Rahmenbedingungen für ehrenamtliche
12 Tätigkeiten, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und gemeinnützige
13 Vereine und Stiftungen geschaffen werden.

14
15 Wesentliche Träger der Bürgergesellschaft sind – neben den Parteien
16 - auch Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Sozial-
17 und Umweltverbände und soziale Bewegungen. Sie geben wichtige
18 Anstöße für die Lebensqualität vor Ort und bringen eigene Perspek-
19 tiven auf globale Probleme ein. Sie sind unsere Partner auf dem Weg
20 zu einer humanen und zukunftsfähigen Gesellschaft.

21
22 Eine lebendige Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln
23 kontrollieren, korrigieren, anregen, anspornen, entlasten und ergän-
24 zen. Ersetzen kann sie es nicht. Die Handlungsfähigkeit des Staates
25 wird durch ein starkes repräsentatives Parlament, durch die Parteien,
26 durch direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und
27 Bürger und durch ausreichende materielle Mittel gesichert.

28
29 Die Parteien haben als Vermittler zwischen Bürgergesellschaft und
30 Staat eine herausgehobene Stellung in unserer parlamentarischen
31 Demokratie. Sie sollen das, was die Bürgergesellschaft bewegt, zum
32 Gegenstand politischer Willensbildung, von Gesetzgebung und Re-
33 gierungshandeln machen und die Gesellschaft maßgeblich mitge-
34 stalten. Sie üben demokratisches Verhalten ein und sind verantwort-
35 lich für die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten, die der
36 Arbeit in Gemeinderäten und Parlamenten der verschiedenen
37 Ebenen gewachsen sind. Starke, lebendige, entscheidungsfähige
38 Parteien sind unentbehrlich für die Demokratie.

39
40 Nur wo der Staat handlungsfähig bleibt und seinen Pflichten nach-
41 kommen kann, kann sich auch eine vitale Bürgergesellschaft bilden.
42 Beide brauchen einander. Beide tragen sie zur Erstellung, Bewah-
43 rung und nötigen Veränderung öffentlicher Güter bei. Öffentliche
44 Güter ermöglichen die Entfaltung individueller Freiheitschancen und
45 bieten zugleich die Gewähr, dass alle Bürgerinnen und Bürger die
46 gleiche Freiheit wahrnehmen können. Wir setzen uns dafür ein, dass
47 öffentliche Interessen durch den Primat der Politik bestimmt werden.

48
49 Unentbehrlich ist die Gewährleistung öffentlicher Güter in den Berei-
50 chen soziale Sicherung, Daseinsvorsorge, allgemeine Bildung und
51 berufliche Erstausbildung, wissenschaftliche Grundlagenforschung,
52 Personennahverkehr, öffentlich-rechtliche Medien, öffentliche Plätze,
53 Versammlungsräume, kulturelle und religiöse Einrichtungen. Umfang
54 und Art der öffentlichen Güter hingegen unterliegen dem sozialen
55 Wandel sowie einer dauernden gesellschaftlichen Auseinanderset-
56 zung.

57

1 Die solidarische Bürgergesellschaft kann dazu beitragen, dass öffent-
2 liche Güter, die dem Gemeinwohl dienen, nicht in den Griff privater
3 wirtschaftlicher oder politischer Macht geraten. Sie sind unverzicht-
4 bare Quellen der Lebensqualität und der Chancengleichheit in unse-
5 rer Gesellschaft und müssen als fundamentale Voraussetzungen der
6 Sozialen Demokratie gestärkt werden.

7
8 Der demokratische Rechts- und Sozialstaat, unterstützt und begrenzt
9 durch die Bürgergesellschaft, ist verantwortlich für das, was nicht zur
10 Ware werden darf: Sicherheit vor Verbrechen, soziale Grundsiche-
11 rung und Gesundheit, Bildung und Kultur.

12
13 Gleichwohl muss der Staat nicht alle öffentlichen Güter selbst bereit-
14 stellen. In vielen Fällen kann es sinnvoll sein, dass er den Zugang der
15 Menschen zu den öffentlichen Gütern gewährleistet und Räume für
16 private Initiative öffnet. Hier findet die aktive Bürgergesellschaft auch
17 ihren Ort und ihre Rolle. Dabei gilt: Gemeinwohl statt privater Ge-
18 winnaneignung. Die Willensbildung der bürgergesellschaftlichen
19 Gruppen muss genauso demokratischer Teilhabe und Kontrolle
20 unterliegen wie staatliche Institutionen.

21
22 Der demokratische Rechtsstaat muss jegliche Gewalt, auch die
23 eigene, dem Recht unterwerfen. Dies legitimiert sein Gewaltmonopol.
24 Dieses Gewaltmonopol werden wir verteidigen, weil es keine unge-
25 rechtere Gesellschaft gibt als eine, in der einige Sicherheit kaufen
26 können, die große Mehrheit aber in Unsicherheit lebt.

27
28 Der Verbindung von aktiver Bürgergesellschaft und bürgernahem
29 Staat dient auch die direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger
30 bei Volksbegehren und Volksentscheiden. In gesetzlich festzulegen-
31 den Grenzen sollen sie die parlamentarische Demokratie ergänzen.
32 Wo die Verfassung der parlamentarischen Mehrheit Grenzen setzt,
33 gelten diese auch für Bürgerentscheide.

34 35 36 **8. Die Gleichstellung der Geschlechter**

37
38 Die NRWSPD zieht eine nüchterne Bilanz der Gleichstellungspolitik
39 der vergangenen Jahre und stellt bei allen erzielten Erfolgen fest,
40 dass auch heute noch unterschiedliche Maßstäbe bei der Leistungs-
41 beurteilung von Männern und Frauen angelegt werden. Demzufolge
42 erhalten Frauen in Deutschland für vergleichbare Arbeit einen um 18
43 % geringeren Lohn als Männer und sind in den Führungspositionen
44 von Wirtschaft, Verbänden und Verwaltung wie auch in der Freiwilli-
45 genarbeit eklatant unterrepräsentiert.

46
47 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen nicht nur gleiche Rechte,
48 sondern auch tatsächlich gleiche Chancen haben. Wir wollen eine
49 Gesellschaft, in der starre Rollenbilder überholt und alle ihren
50 Lebensentwurf frei gestalten können.

51
52 Wir wollen

- 53
54 • gleichen Lohn für gleiche Arbeit und unterstützen einen gesetz-
55 lichen Mindestlohn,

56

- 1 • Maßnahmen, die eine proportionale Beteiligung von Frauen an
2 Führungspositionen gewährleisten,
3
4 • die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit
5 zwischen Mann und Frau,
6
7 • ein Steuer- und Sozialrecht, das nicht die Institution Ehe privile-
8 giert, sondern die Übernahme von Verantwortung für Kinder
9 berücksichtigt,
10
11 • qualitativ hochwertige Ganztagskinderbetreuungsangebote,
12
13 • variable Arbeitszeitmöglichkeiten für Väter und Mütter sowie
14 Töchter und Söhne, um familiäre Verantwortung für Kinderbe-
15 treuung bzw. Pflege der Eltern mit dem Beruf vereinbaren zu
16 können,
17
18 • in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen die
19 Berücksichtigung der Geschlechtergerechtigkeit.
20

21 Wir wollen das Denken in Geschlechtergrenzen überwinden.
22
23

24 **9. Solidarität der Generationen** 25

26 Wir wollen in unserer älter werdenden Gesellschaft die Bedürfnisse
27 und Möglichkeiten der Generationen für eine gemeinsame Zukunft
28 solidarisch verbinden.
29

30 Deutschland steht vor zwei großen Herausforderungen. Zum einen
31 müssen wir Antworten geben, wie unser Land unter den verschärften
32 und im Tempo zunehmenden Bedingungen eines globalen Wettbe-
33 werbs seine ökonomische Leistungsfähigkeit stärken kann. Es geht
34 um ein nachhaltiges Wachstum, das dauerhaft einen hohen Beschäf-
35 tigungsstand ermöglicht, die Grundlage unseres Sozialstaates sichert
36 und die natürlichen Lebensgrundlagen erhält.
37

38 Die zweite wesentliche Herausforderung ist die demographische
39 Entwicklung. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Wir werden weniger
40 und älter. Weniger Menschen und ein dabei größerer Anteil Älterer,
41 das hat Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum, Steueraufkommen
42 und Arbeitsplätze, auf die Gestaltung unserer Städte, auf die sozialen
43 Sicherungssysteme und nicht zuletzt auf das Verhältnis zwischen den
44 Generationen.
45

46 Diese Entwicklung begreifen konservative Kräfte als Bedrohung und
47 nehmen Marktliberale zum Anlass für die Durchsetzung ihrer Ord-
48 nungsvorstellungen. Von daher reichen ihre Antworten und Lösungs-
49 vorschläge von Privatisierungstendenzen in den sozialen Sicherungs-
50 systemen bis hin zum inhumanen Ausschluss von Leistungsansprü-
51 chen jenseits eines bestimmten Alters. Dies vergrößert soziale Un-
52 gleichheiten innerhalb und zwischen den Generationen und gefährdet
53 das solidarische Zusammenleben.
54

55 Wir Sozialdemokraten sehen die Herausforderung des demografi-
56 schen Wandels auch als Chance. Wir lassen uns leiten von dem
57 durchgängigen Prinzip der nachhaltigen Entwicklung. Es verknüpft

1 die Bedürfnisse der heutigen Generationen mit den Lebenschancen
2 zukünftiger Generationen. Es geht dabei auch um eine gerechte,
3 möglichst jedoch gleiche Verteilung von Lebenschancen innerhalb
4 einer Generation wie zwischen den Generationen.

5
6 Wir erneuern den Generationenvertrag als Grundprinzip unserer
7 Politik zur solidarischen Gestaltung von Gegenwart und Zukunft, die
8 allen Generationen, den jetzt lebenden und den kommenden, die
9 Chance gibt am wachsenden Wohlstand unserer Gesellschaft
10 teilzuhaben.

11
12 Wir setzen statt auf Verzicht und weiterer Entsolidarisierung auf eine
13 Strategie, die Zusammenhalt der Generationen fördert. Solidarität
14 zwischen den Generationen ergibt sich nicht von alleine. Daher kann
15 und muss politische Gestaltung der Generationenverhältnisse in den
16 Familien und der Gesellschaft die Solidarität der Generationen jetzt
17 und in Zukunft sichern.

18
19 Es bedarf eindeutiger Signale und der Korrektur von Vorurteilen. Die
20 Jüngeren sollen z. B. konkret erfahren, mit einer nachhaltigen Politik
21 der Konsolidierung sichern wir ihnen ihre Entscheidungs- und Gestal-
22 tungsfreiheit. Es gilt aber auch für ein realistischeres Altersbild einzu-
23 treten. Wir wollen mit gleicher Intensität der Meinung entgegenwir-
24 ken, der zunehmende Anteil Älterer werde zu einer übermäßigen
25 ökonomischen Belastung der Jüngeren. Dabei erfolgt häufig eine Ge-
26 genüberstellung zwischen den ökonomisch Aktiven in der Erwerbs-
27 phase und den ökonomisch inaktiven, als Synonym für ältere Men-
28 schen jenseits der Erwerbsphase. Ökonomische Aktivität kann nicht
29 allein auf die Erwerbstätigkeit beschränkt werden. Neben der Zurver-
30 fügungstellung von angesammelten Finanzmitteln für Investitionen,
31 als Konsumenten und Steuerzahler sind Ältere am Prozess der Wert-
32 schöpfung beteiligt. Darüber hinaus leisten sie wichtige Arbeiten,
33 auch wenn diese nicht monetär vergütet werden und dadurch nicht in
34 die Berechnung des Sozialproduktes eingehen. Beispiele dafür sind
35 Kinderbetreuung oder die Versorgung von Familienangehörigen im
36 Krankheits- oder Pflegefall. In der Regel durch ältere Menschen,
37 besonders durch Frauen.

38
39 Dies macht deutlich: für das Verhältnis der Generationen zueinander
40 sind nicht isoliert einzelne Aspekte sondern ein ganzes Bündel aller
41 Einrichtungen, Maßnahmen und miteinander verbundener Aktivitäten
42 von Bedeutung.

43
44 Viele unserer Konzepte im Grundsatzprogramm, von der Finanzpolitik
45 über die Familienpolitik, von der Bildungspolitik bis zu den Reformvor-
46 schlägen unserer sozialen Sicherungssysteme und zur ökologischen
47 Industriepolitik, sind unter dieser Zielsetzung formuliert. Die Bedeu-
48 tung der politischen Gestaltung des demographischen Wandels für
49 die Zukunft unserer Gesellschaft macht die Darstellung der sozialen
50 und solidarischen Gestaltung des demographischen Wandels auf
51 allen politischen Ebenen und allen Politikfeldern in einem gesonder-
52 ten Kapitel sinnvoll. Sie bildet eine wichtige Querschnittsaufgabe.

53
54
55
56
57 **angenommen:**

abgelehnt:

überwiesen an: